BESCHLUSSVORLAGE

TO-Freigabe am: 29.08.2017
BV-0077/2017
öffentlich

Amt:	Bürgerservice
Bearbeiter:	Marcel Pessel

Datum:	29.08.2017
Aktenzeichen:	

Gremien:	Datum:	TOP:	Beschlussvorschlag:			Abstimmungsergebnis:		
			angen.	abgel.	geänd.	angen.	abgel	enthal.
Hauptausschuss	11.09.2017							
Sozialausschuss	11.09.2017							
Finanzausschuss	11.09.2017							
Bauausschuss	11.09.2017							
Gemeinderat	28.09.2017							

vom Mitwirkungsverbot nach § 33 KVG LSA betroffen:

Gegenstand der Vorlage:

Ertüchtigung der Schul-IT am Standort Gemeinschaftsschule Barleben – Sicherung des Eigenanteils des Förderprojektes während der haushaltslosen Zeit

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt die Ausgabe von 150.000 EUR (112.500 EUR Fördermittel und 37.500 EUR Eigenmittel) zur Umsetzung der pädagogischen und technischen Konzepte nach der BV-0053/2016 Ertüchtigung der Schul-IT am Standort der Gemeinschaftsschule Barleben im Sinne des §104 Abs. 1 Nr. 1 KVG LSA.

Keindorff

Siegel

Sachverhalt

Mit den Beschlussvorlagen BV-0052/2016 und BV-0053/2016 hat der Gemeinderat der Gemeinde Barleben der Ertüchtigung der Schul-IT der Grundschule und der Gemeinschaftsschule Barleben, am Standort Feldstraße 20, im Rahmen eines Förderprojektes zugestimmt. Die Förderung wurde entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Zugangs zu Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) und ihres Einsatzes an den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in Sachsen-Anhalt (IKT-RL) für zwei Projekte beantragt.

Mit Datum vom 16.08.2017 wurde für das Fördervorhaben nach der BV-0053/2016 Gemeinschaftsschule Barleben ein Zuwendungsbescheid in Höhe von 112.500 EUR übergeben. Die realisierbaren förderfähigen Gesamtprojektkosten belaufen sich damit inklusive des Eigenanteils auf 150.000 EUR brutto. Die Förderquote beträgt 75 v. H. Das Projekt der Gemeinschaftsschule wurde mit 325 Punkten bewertet.

Der Förderantrag für die Grundschule nach BV-0052/2016 wurde abgelehnt, da die Mittel des Fördertopfes erschöpft waren und nur bis zu einem Punktwert von 305 Punkten eine Förderung erlangt werden konnte. Das Projekt der Grundschule wurde mit 275 Punkten bewertet.

Im Rahmen der Beantragung ist nach Punkt 4 c) der IKT-RL bzw. Seite 6 und 7 des Merkblattes B, die Gesamtfinanzierung des Projektes sicherzustellen.

Ohne eine Sicherstellung der Finanzierung liegen die Voraussetzungen für die Förderung nicht vor.

Das zum Förderprogramm ausgereichte Merkblatt beschreibt dies wie folgt:

- *Nachweis der Gesamtfinanzierung des Projektes*
- *(...) Der Nachweis der Absicherung der Gesamtfinanzierung wird von den kommunalen Schulträgern durch einen entsprechenden, von der zuständigen Kommunalaufsicht genehmigten Haushaltsplan (Auszug) erbracht. Falls kein von der Kommunalaufsicht genehmigter Haushaltsplan mit der beabsichtigten Investition vorliegt und die Gesamtinvestition des kommunalen Schulträgers 19.999 Euro übersteigt, ist die Stellungnahme der Kommunalaufsichtsbehörde mit dem Antrag vorzulegen, welche die Finanzierung der Eigenmittel als gesichert bestätigt. (...)*

Für die Beantragung der Fördermittel konnte das Erfordernis durch eine vorläufige Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde erfüllt werden (siehe Anlage). Diese ist allerdings an einen beschlossenen und genehmigten Haushalt 2017 gebunden. Sofern für 2017 kein Haushalt vorliegt, muss ein Beschluss des Gemeinderates die Sicherung der Finanzierung innerhalb der haushaltslosen Zeit sicherstellen. Die Kommunalaufsicht würde entsprechend dem zu fassenden Beschluss die nach der IKT RL nötige Stellungnahme der Sicherung der Gesamtfinanzierung endgültig bestätigen.

Ohne einen beschlossenen Haushalt oder einen Beschluss zur Sicherung der Gesamtfinanzierung des Projektes muss der Fördermittelgeber den Zuwendungsbescheid widerrufen, da die Fördervoraussetzungen nicht erfüllt sind. Über Änderungen, die sich im Rahmen der Umsetzung der Förderung ergeben, ist die Gemeinde dem Fördermittelgeber berichtspflichtig. Alle Anschaffungen und Maßnahmen, die vor dem Vorliegen einer endgültigen Sicherung der Gesamtfinanzierung getätigt werden, sind nicht förderfähig. Weiterhin sind Verletzungen der Förderrichtlinien der EU mit entsprechenden Strafzahlungen bewährt, welche neben der Rückzahlung der nicht förderfähigen Beträge geleistet werden müssen.

Zur Absicherung der Umsetzung des mit der BV-0053/2016 beschlossenen Förderprojektes muss der Gemeinderat eine Ausgabe in der haushaltslosen Zeit in Höhe von 150.000 EUR brutto (112.500 EUR Förderung, 37.500 EUR Eigenmittel) nach §104 Abs. 1 Nr. 1KVG LSA beschließen.

Nach §104 Abs. 1 Nr. 1 KVG LSA heißt es:

(1) Ist die Haushaltssatzung bei Beginn des Haushaltsjahres noch nicht erlassen, darf die Kommune

1. Aufwendungen entstehen lassen und Auszahlungen leisten, zu deren Leistung sie rechtlich verpflichtet ist oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind; sie darf insbesondere Bauten, Beschaffungen und sonstige Investitionsleistungen, für die im Haushaltsplan eines Vorjahres Finanzposten oder Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen waren, fortsetzen,

Die Notwendigkeit und Unaufschiebbarkeit der Maßnahme ergeben sich aus denen als Schulträger zu erfüllenden Aufgaben nach §65 Abs. 1 SchulG LSA, nachdem der Träger die Schule mit den nötigen Einrichtungen auszustatten, und diese zu unterhalten hat.

Ebenso ist dem Bescheid des Landesschulamtes Rechnung zu tragen. Hier wurde in der BV-0056/2015/2 in der Anlage 2 durch das Landesschulamts darauf verwiesen, dass durch die Änderung des Raumkonzeptes und den Wegfall der Computerarbeitsräume zeitgerecht eine lehrplangerechte Alternative zwingend zu schaffen sei. Das Schreiben des Landesschulamtes ist Bestandteil der Genehmigung der Schulzusammenlegung.

Begründung für Status „nicht öffentlich“:

- keine -

Rechtsgrundlage

§104 KVG LSA, IKT RL

Finanzielle Auswirkungen

Kosten der Bearbeitung in EUR	50,00
-------------------------------	--------------

Kosten der Maßnahme

JA NEIN

1) Gesamtkosten der Maßnahmen (Beschaffungs-/Herstellungskosten)	2) Jährliche Folgekosten/ -lasten	3) Finanzierung	4) Einmalige oder jährliche Haushaltsbelastung (Mittelabfluss/Kapitaldienst/ Folgelasten oder kalkulatorische Kosten)
150.000 €	20.000 €	Eigenanteil 37.500 € Objektbezogene Einnahmen (i.d.R.= Kreditbedarf) (Zuschüsse/ Beiträge)	AFA rund 30.000 p. a. €
		€ 112.500 €	

im Ergebnishaushalt

JA
 NEIN

im Finanzhaushalt

JA
 NEIN

betreffende
Buchungsstelle
21910.0731000

Anlagen

Anlage_1 Zuwendungsbescheid P II LVA 14.08.2017

Anlage_2 Merkblatt_TeilB-1_1

Anlage_3 SN Landesschulamt zur Schulzusammenlegung